

Altersarmut

Heute die Armut von morgen bekämpfen: Nachhaltige Finanzierungsmodelle

Prof. Dr. Achim Truger

Universität Duisburg-Essen und SVR

Arbeitskreis Kirche und Gewerkschaft Hessen

Fulda, 19.01.2021

AUFRUF

Altersarmut verhindern!

HEUTE DIE
ARMUT VON
MORGEN BEKÄMPFEN



Bündnis
Soziale Gerechtigkeit
in Hessen

3 Handlungsfelder

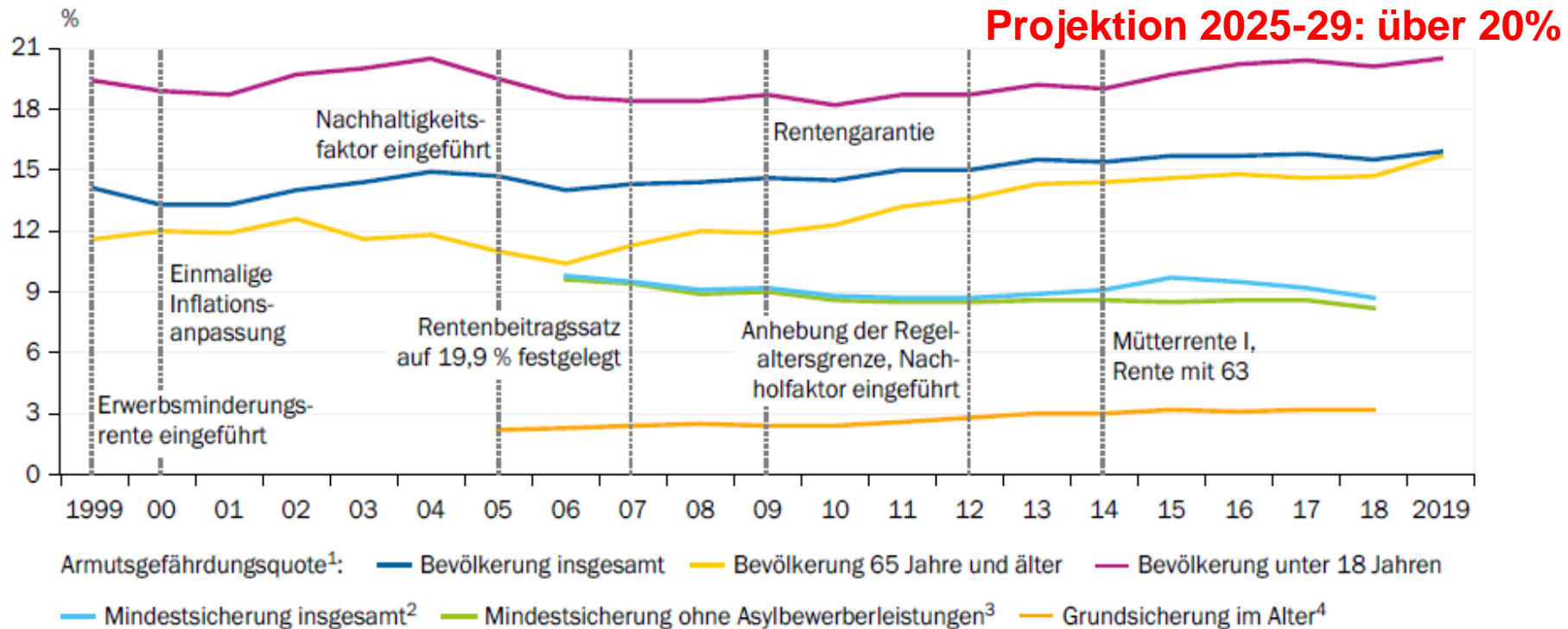
- Rente
- Erwerbsarbeit
- Wohnen und Infrastruktur

- **Altersarmut als Problem ernst nehmen**
- **Dimensionen der Ungleichheit: Eine umfassende Perspektive**
- **Ermöglichungspolitik und ihre Finanzierung**

Starker Anstieg der Altersarmut

ABBILDUNG 115

Entwicklung der Armutsgefährdungsquoten und Sozialleistungen über die Zeit



1 – Personen, deren verfügbares Einkommen weniger als 60 % des Bundesdurchschnittseinkommens beträgt; Bezugsgröße ist hier der Bundesmedian. 2 – Empfängerinnen und Empfänger von Gesamtregelungen (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Relation zur Bevölkerung insgesamt. 3 – Ohne Regelleistungen nach dem AsylbLG. 4 – Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen aufgrund von Erreichung der Altersgrenze (und älter) in Relation zur Bevölkerung im gleichen Alter.

- **„Lieblingvorschlag“ der ÖkonomInnen:
Automatische Kopplung des Rentenalters an
Lebenserwartung problematisch!**
 - unklar, ob allgemeine Arbeitsfähigkeit tatsächlich weiter steigen wird
 - physisch/psychisch besonders belastende Berufe werden benachteiligt
 - geringere Einkommen und Lebenserwartung korrelieren, d.h. Ärmere werden über kürzere Rentenbezugsdauer besonders benachteiligt
- **seit über 10 Jahren Wiederholung des Vorschlags, aber keine überzeugenden Lösungen für die Probleme!**

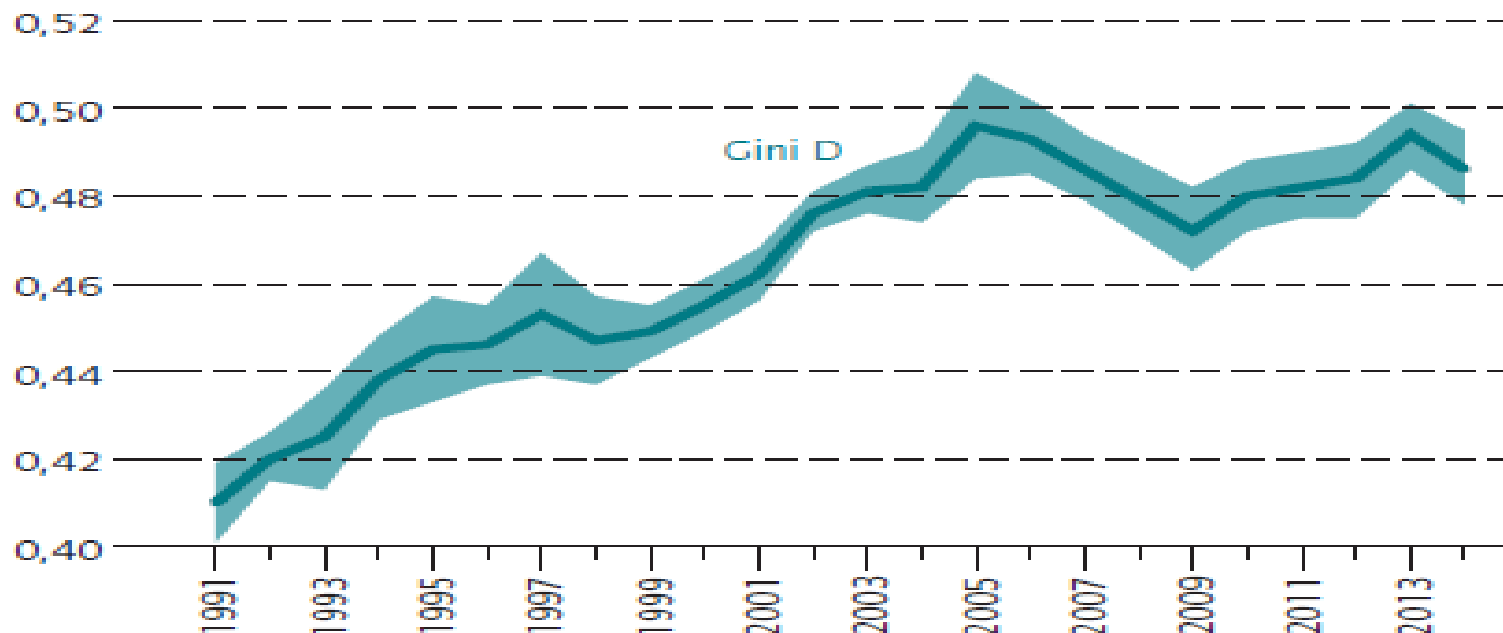
■ Instrumentenmix

- moderater, schrittweiser Anstieg der Beitragssätze
- konsequentere Steuerfinanzierung „versicherungsfremder“ Leistungen
- Erhöhung der (Frauen-)Erwerbstätigkeit
- schrittweise Einbeziehung von Selbstständigen + Beamten in RV
- Kürzung der Subventionen für Riesterrente, betriebliche Rente etc.
- Gezielte Zuwanderung in Beschäftigung

➔ **Potenzial zur Stabilisierung der GRV über viele Jahrzehnte (2060/2080)!**

- **Altersarmut als Problem ernst nehmen**
- **Dimensionen der Ungleichheit: Eine umfassende Perspektive**
- **Ermöglichungspolitik und ihre Finanzierung**

Ungleichheit der Haushaltseinkommen Gini-Koeffizient



Anmerkung: Reale Einkommen in Preisen von 2010. Population: Personen in Privathaushalten. Bedarfsgewichtete Jahreseinkommen wurden jeweils im Folgejahr erhoben. Markteinkommen inklusive eines fiktiven Arbeitgeberanteils für Beamtinnen und Beamte. Bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala, zusätzlich zu den Werten sind die 95-Prozent-Konfidenzintervalle angegeben.

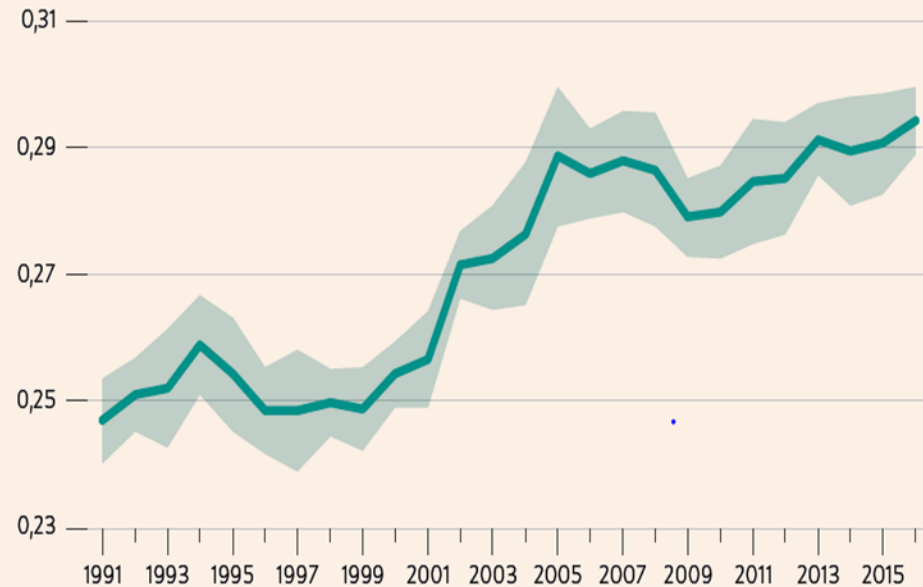
Quellen: SOEPv32; Berechnungen des DIW Berlin.

Zunehmende Ungleichheit der verfügbaren Einkommen

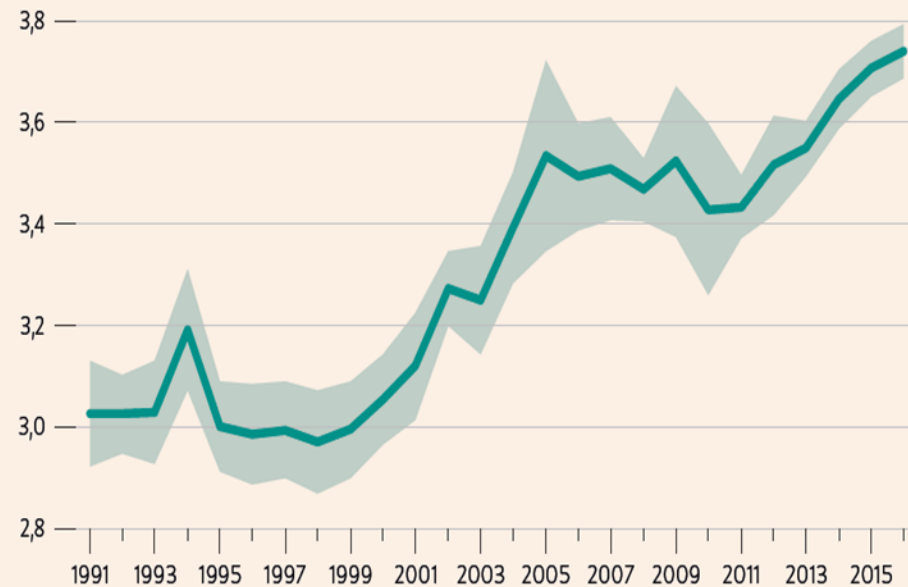
Abbildung 7

Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen Gini-Koeffizient und 90:10-Perzentilverhältnis

Gini-Koeffizient



90:10-Perzentilverhältnis



Anmerkungen: Hellgrün eingefärbte Fläche: 95-Prozent-Konfidenzintervall. Population: Personen in Privathaushalten, bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

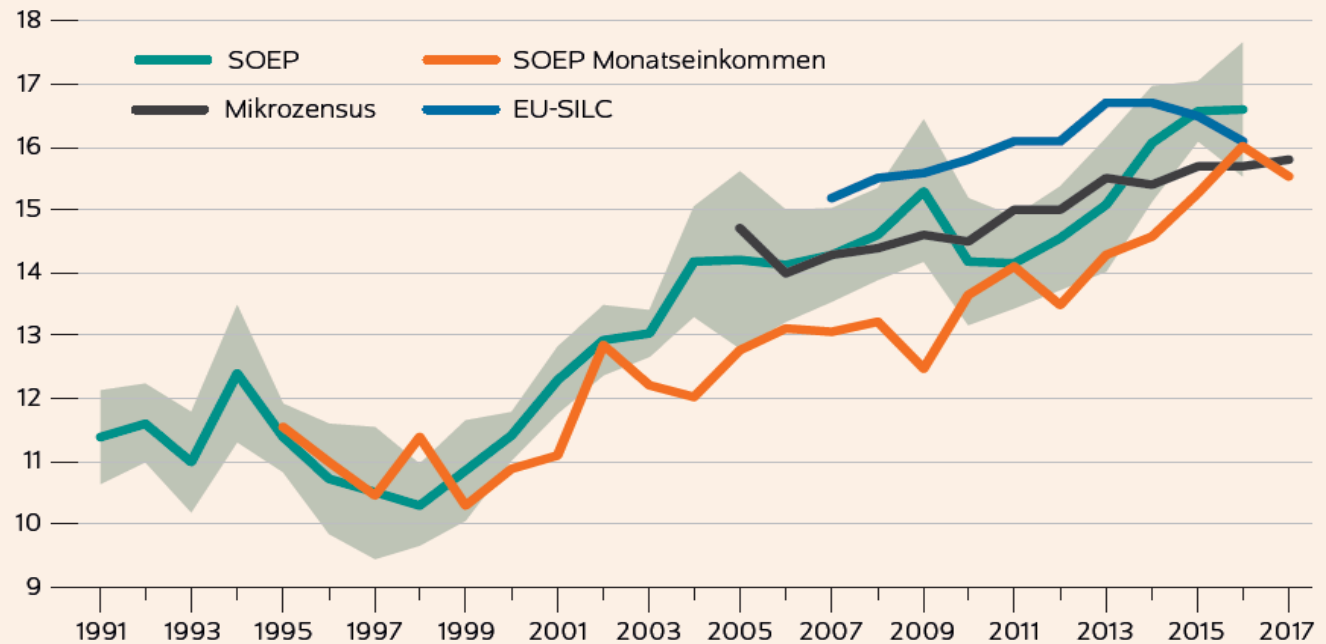
Quellen: SOEPv34; eigene Berechnungen.

Die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen hat seit 2010 wieder signifikant zugenommen.

Zunehmende Ungleichheit der verfügbaren Einkommen

Abbildung 8

Niedrigeinkommensquote¹ Anteil in Prozent



¹ Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Haushaltseinkommen.

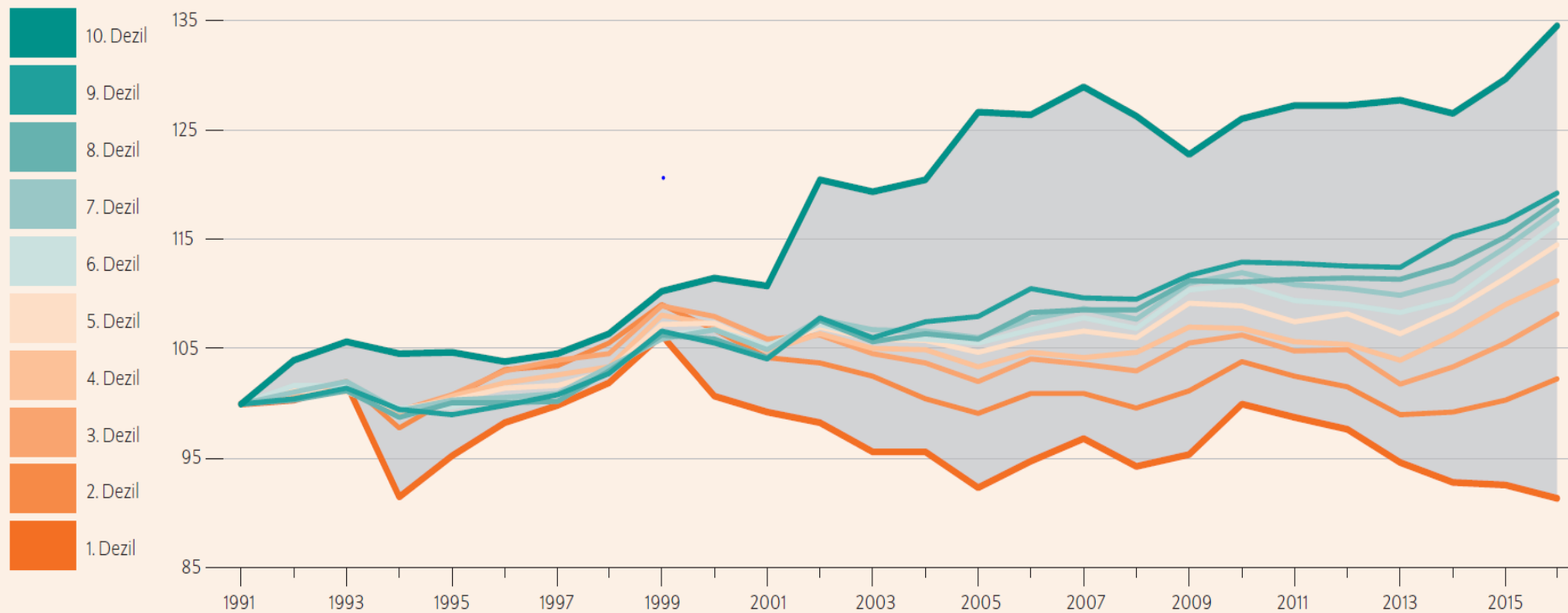
Anmerkungen: Population: Personen in Privathaushalten, SOEP, bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben. Bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala. Schattierte Flächen geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

Quellen: SOEPv34; Angaben des Mikrozensus: Statistisches Bundesamt (2018): Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik; Angaben des EU-SILC: Statistisches Bundesamt 2018; eigene Berechnungen.

Zunehmende Ungleichheit der verfügbaren Einkommen

Abbildung 2

Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen nach Dezilen 1991 = 100

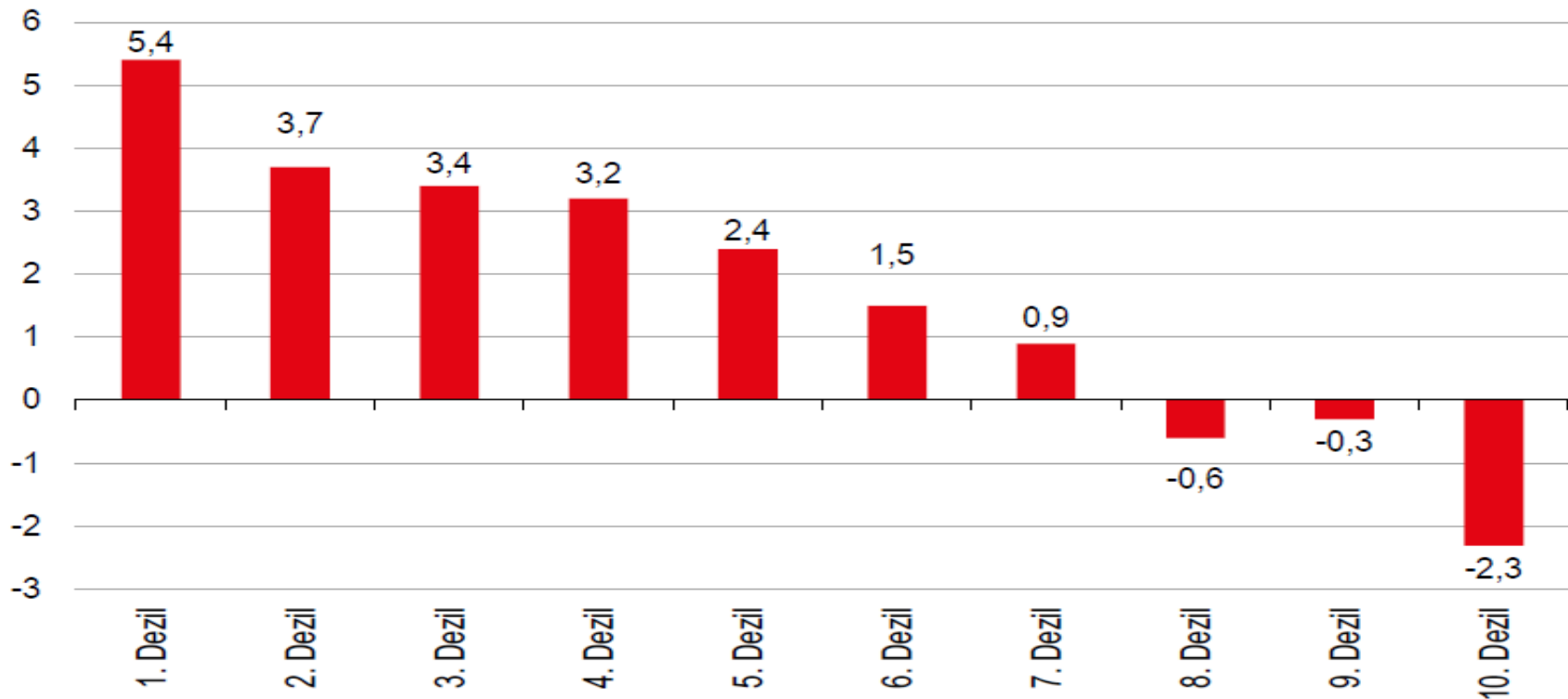


Anmerkungen: Reale Einkommen in Preisen von 2010; Population: Personen in Privathaushalten; bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala

Quellen: SOEPv34; eigene Berechnungen.

Schiefelage in der Steuerlastverteilung

Veränderung der Steuerbelastung verschiedener Einkommensgruppen 2015 gg. 1998 in % des Bruttoeinkommens



Durchschnitt: 0,1 %; Top 1 %: -4,8 %; Top 0,1 %: -4,1 %; Unterste 5%: +6,5 %

- **normativ: „Ungleichheit ist gar kein Problem“**
- **Verharmlosung z.B. durch Framing:**
 - in Deutschland ist es gar nicht so schlimm
 - in Deutschland wird doch schon so viel umverteilt
 - in den letzten Jahren hat es doch kaum noch eine Zunahme der Ungleichheit gegeben
 - die Bevölkerung überschätzt doch die Ungleichheit
- ➔ **Kritische Frage: Nach welchem Kriterium wird beurteilt, ob die Ungleichheit ein Problem ist?**

Umfassende Perspektive notwendig

- **Chancengerechtigkeit (EP)**
- **Leistungsgerechtigkeit (EP)**
- **Verteilungsgerechtigkeit**
 - **Markteinkommen (brutto)**
 - verfügbare Einkommen (netto)
 - Steuerlastverteilung (inkl. indirekter Steuern/Abgaben)
 - **Umverteilungsdimension öffentlicher Güter und Dienstleistungen (Ermöglichungspolitik=EP)**

- **Erhöhung der Lohnquote (Verteilung Arbeit/Kapital)**
 - Stärkung von AN und Gewerkschaften, Reregulierung
 - Vollbeschäftigungspolitik (makroökonomisch, evtl. auch staatliche Beschäftigungsgarantie)
 - Wettbewerbspolitik (Verhinderung von Monopolrenten)
- **Verminderung von Lohnstreuung**
 - Stärkung von AN und Gewerkschaften, Reregulierung
 - Tarifbindung
 - Mindestlohn
 - Deckelung von Top-Managergehältern

AUFRUF

Altersarmut verhindern!

HEUTE DIE
ARMUT VON
MORGEN BEKÄMPFEN



Bündnis
Soziale Gerechtigkeit
in Hessen

2. Erwerbsarbeit

Die gesetzliche Rente ist das Spiegelbild des Erwerbslebens, weil die Einkommen aus Erwerbsarbeit die Rentenhöhe bestimmen. So führen Zeiten der Arbeitslosigkeit, Erziehungs- und Pflegearbeitszeiten, niedriger Arbeitslohn, (unfreiwillige) Teilzeitarbeit und Minijobs zu geringeren oder gar keinen Ansprüchen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Gefahr von Altersarmut steigt. Insbesondere Frauen sind davon betroffen.

Deshalb fordern wir:

- Eindämmung des Niedriglohnsektors.
- Abschaffung von Minijobs und steuerlichen Fehlanreizen.
- Gesetzlich festgeschriebene Entgeltgleichheit von Frauen und Männern.
- Aufwertung und bessere Bezahlung in der Erziehung und Pflege, die überwiegend von Frauen geleistet werden.
- Anreize zu mehr geschlechtergerechter Verteilung von familiärer Sorgearbeit.

- **Altersarmut als Problem ernst nehmen**
- **Dimensionen der Ungleichheit: Eine umfassende Perspektive**
- **Ermöglichungspolitik und ihre Finanzierung**

Wirtschafts- und Sozialpolitik / Steuer- und Finanzpolitik
= Gesellschaftspolitik
= Ermöglichungspolitik: spürbarer Schutz und Verbesserungen im alltäglichen Leben der großen Mehrheit der Menschen

Ermöglichungspolitik

- **Sozial-ökologische Transformation sichert Lebensgrundlagen**
- **Bildung ermöglicht Chancengleichheit und Gerechtigkeit**
- **Alterssicherung ermöglicht Teilhabe und gutes Leben**
- **Gesundheit ermöglicht Gerechtigkeit und Lebensqualität**
- **Integration ermöglicht Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit**
- **Infrastruktur ermöglicht Wohlstand und Zukunftsfähigkeit**
- **Geschlechtergerechtigkeit ermöglicht Teilhabe und Prosperität**

AUFRUF

Altersarmut verhindern!

HEUTE DIE
ARMUT VON
MORGEN BEKÄMPFEN



Bündnis
Soziale Gerechtigkeit
in Hessen

3. Wohnen und Infrastruktur

Hohe und ständig steigende Mieten fördern zusätzlich Altersarmut, da die Rentenerhöhungen längst nicht in dem Maße steigen wie die Mieten. Besonders problematisch entwickelt sich das Mietpreisniveau in Hessens Städten und Ballungsräumen. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt macht es Rentner*innen nahezu unmöglich, adäquaten, der Lebenssituation angemessenen Wohnraum zu finden.

Deshalb fordern wir:

- Deutliche und dauerhafte Förderungen im sozialen Wohnungsbau.
- Eine vorrangige Schaffung von bezahlbaren Wohnungen, die ein selbständiges Wohnen im Alter ermöglichen.
- Infrastruktur und Nahversorgung im Wohnumfeld aufrecht erhalten.
- Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen.
- Versorgungs- und Unterstützungsoptionen für Lebenslagen alleinlebender alter Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf verbessern

Ermöglichungspolitik

- **Sozial-ökologische Transformation sichert Lebensgrundlagen**
- **Bildung ermöglicht Chancengleichheit und Gerechtigkeit**
- **Alterssicherung ermöglicht Teilhabe und gutes Leben**
- **Gesundheit ermöglicht Gerechtigkeit und Lebensqualität**
- **Integration ermöglicht Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit**
- **Infrastruktur ermöglicht Wohlstand und Zukunftsfähigkeit**
- **Geschlechtergerechtigkeit ermöglicht Teilhabe und Prosperität**

Ermöglichungspolitik

= schrittweise wenige Prozentpunkte höhere Staatsausgaben (2-4 % des BIP?)

- Infrastrukturkomponente kann durch Kredite finanziert werden (IMK/IW bzw. DGB/BDI-Vorschlag 45 Mrd. pro Jahr = 1,3%des BIP)
- die anderen Ausgaben über gerechtere Steuerpolitik
 - schrittweise umgesetzt dürfte das ökonomisch unproblematisch sein

Optionen gerechterer Einnahmen

- **BEPS / internationale Steuervermeidung bekämpfen**
- **nationale Steuervermeidung bekämpfen**
- **Soli / Einkommensteuer**
- **Privilegierung von Kapitaleinkommen (Abgeltungsteuer) beenden**
- **Erbschaftsteuer**
- **Vermögensteuer**
- **Reform des Ehegattensplittings**
- **Finanztransaktionssteuer**
- **Gemeindewirtschaftsteuer**
- **CO₂-Bepreisung / CO₂-Steuer?**

- **Bekämpfung der Ungleichheit als positives „Mega-Thema“**
- **umfassender Gegenansatz zum marktradikalen Ansatz**
- **umfassender gesellschaftspolitischer Reform- und Gestaltungsanspruch**
- **zentrale Leitlinie muss die Verbesserung der Lebenssituation der großen Mehrheit der Menschen in Deutschland sein**
- **es geht um die dauerhafte Sicherung staatlicher Handlungsfähigkeit, die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und die Förderung wirtschaftlicher Leistungspotenziale durch massive Zukunftsinvestitionen**
- **Wissenschaft, Politik und Verbände konfrontieren: Was habt ihr anzubieten? Habt ihr andere Lösungsvorschläge?**

**Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!**